

AZ: III 1 – 79 d 22.11
Lfd. Nr. 248

Stellungnahme

=====

Institution: Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr, Stadt Witzenhausen
Name: Christian Platner
Adresse: Kampstr. 9
37217 Witzenhausen
E-Mail: christian.platner@web.de

Telefonnr: 05545/969494

Fax:

Stellungnahme am: 22 June 2009 23:42:13:

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Bau und Verkehr der Stadt Witzenhausen wollte ich Ihnen ergänzend zur Stellungnahme der Stadt die öffentliche Debatte und den mehrheitlichen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung mitteilen, da einige Stadtverordnete in ihren Stellungnahmen wichtige Aspekte zur Umsetzung der WRRL in Hessen angesprochen haben (Zitate aus den offiziellen Protokollen, wie auf der Homepage www.witzenhausen.eu eingestellt):

Ausschusssitzung am 12.5.2009:

"3.3 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion Bündnis

90/Die Grünen vom 27.04.2009 zur Wasserrahmenrichtlinie

Vorlage: STV/373/2009

Herr Dr. Platner erläutert die Vorlage.

Frau BGMIn Fischer begründet, weshalb aus ihrer Sicht der Vertretungssitz am Runden Tisch

nicht zurückgegeben werden soll. Die Stadt wird über alle Belange und Informationen eingebunden

und es sind bisher noch keine Entscheidungen getroffen worden. Ihrer Einschätzung nach sei der Antragsteller nicht darüber informiert, in welcher Vielfalt Themen am Runden Tisch diskutiert werden. Den Runden Tisch aus Protest zu verlassen, ist aus ihrer Sicht nicht

der richtige Weg.

Zum Antrag zur Wasserrahmenrichtlinie bestätigt Herr Westermann, dass bei der Formulierung

der Umweltziele bisher nur die Parteigutachten der Firma ECORING berücksichtigt worden sind und auf widersprechende Ergebnisse anderer Gutachten bisher nicht eingegangen

worden ist. Da der ESTR, Herr Dr. Hölzel, als Mitglied des Magistrats sehr wohl als Sachkundiger Belange zum Thema beitragen kann, ist der Antrag für Herrn Westermann „den Vertretungssitz

von Frau BGMin Fischer am Runden Tisch unter Protest zurückzugeben“ befremdlich.

Herr Westermann bittet vielmehr darum, inhaltlich mit dem ESTR, Herrn Dr. Hölzel, zu kommunizieren.

Nach Aussage von Herrn Dr. Hölzel liegen die Grundlagen zu denen im Antrag zur Wasserrahmenrichtlinie

aufgeführten 4 Punkten vor. Das geplante Investitionsmaßnahmenpaket von

Kali und Salz in Höhe von rd. 360 Millionen Euro habe kaum Auswirkungen auf die Gewässerqualität.

Das gesamte Maßnahmenpaket sei eine Mogelpackung, da nur 24 % in den Gewässerschutz

investiert würden. Herr Dr. Hölzel gibt des Weiteren zur Kenntnis, dass im v. g.

Maßnahmenpaket von falschen Annahmen der Belastung der Werra sowie bei der technischen

Umsetzung ausgegangen worden ist. Er weist insbesondere darauf hin, dass der Runde Tisch

im August 2008 beschlossen hat, den Stand der Technik außer Acht zu lassen. Der Runde Tisch hat seiner Meinung nach eine Linie eingeschlagen, die wir nicht mehr mit tragen.

Es gibt verschiedene Wortbeiträge von Herrn Westermann, Herrn Dr. Hölzel und Herrn Dr.

Platner.

Herr Westermann würde es sehr begrüßen, wenn eine gemeinsame Stellungnahme zu diesem

Thema erarbeitet würde.

Frau BGMin Fischer betont, dass sie nicht im Auftrag des Magistrats den Runden Tisch begleitet,

sondern im Auftrag des Hess. Städte- und Gemeindebundes sowie als Bürgermeisterin der Stadt Witzenhausen.

Es gibt verschiedene Wortbeiträge von Frau BGMin Fischer und Herrn Hild, der grundsätzlich

die Frage in den Raum wirft, weshalb nicht auch Herr Dr. Hölzel am Runden Tisch sitzt.

Es gibt hierzu verschiedene Wortbeiträge von Herr Schill und Herrn Dr. Platner.

Herr Tappe nimmt Bezug auf den Antrag „den Runden Tisch zu verlassen“ und verweist auf

Mitglieder des Runden Tisches und deren Geiste. Er sieht keine Voten und bestätigt somit die

Aussage von Herrn Dr. Platner. Aus seiner Sicht ist der Runde Tisch nicht ernst genommen worden, weshalb Herr Hartung als Bürgermeister von Gerstungen den Platz am Runden Tisch

verlassen hat. Es zeigt sich, dass die öffentlich-rechtliche Vereinbarung und die angebliche

Beteiligung der öffentlichen Foren eine Farce ist. Ihm geht es darum, mit beiden Anträgen ein

Zeichen zu setzen als Vertreter der Stadt und nicht als Vertreter des Hess. Städte- und Gemeindebundes.

Es gibt hierzu weitere Wortbeiträge von Herrn Gerstenberg und Frau BGMin Fischer, die betont, dass politische Zeichen doch gesetzt worden sind, z.B. mit dem Klageverfahren.

Hierzu gibt es weitere Wortbeiträge von Herrn Göbel, Herrn Schmagold und Herrn Dr. Hölzel,

der betont, dass der Beitrag von Herrn Tappe nicht zu übertreffen ist und die im Antrag zur Wasserrahmenrichtlinie aufgeführten 4 Punkte absolut trefflich seien. Betonen möchte er

zu seinen Ausführungen jedoch, dass er nicht vergessen hat, im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung

den Vorsitz der Anrainerkonferenz zu führen. Gerade deswegen würde er es

sehr begrüßen, wenn von dieser das ausdrückliche Mandat zu einer Einwendung gegen die

geplante Umsetzung der WRRL erteilt würde, die eben diese 4 Punkte enthalte. Die Formulierung

einer ausführlichen, gut fundierten Begründung durch den Magistrat sei davon natürlich

unbenommen.

Herrn Dr. Platner geht es grundsätzlich um die Formsache und Bezug nehmend auf die Stellungnahme

von Herrn Tappe, darum ein politisches Zeichen zu setzen; er hält daher die Anträge

für richtig und will diese so wie heute vorgestellt aufrechterhalten.

Frau Grimminger bestätigt, dieses Thema in der gestrigen Fraktionssitzung lange diskutiert zu

haben, sie kann jedoch heute keine Entscheidung treffen.

Zu den beiden TOP 3.2 und 3.3 gibt es in der heutigen Sitzung keine Beschlussempfehlung,

da der Antragsteller die nötige Zeit zur Entscheidungsfindung in den Fraktionen respektieren

möchte.

keine Beschlussfassung"

Stadtverordnetenversammlung 19.5.2009:

"8.3 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion Bündnis

90/Die Grünen vom 27.04.2009 zum Runden Tisch Werraversalzung

Vorlage: STV/359/2009

Zu diesem Tagesordnungspunkt erinnert Stadtverordnetenvorsteherin Koschel-Naahs daran,

dass Stadtverordneter Philipp Schmagold das Rederecht für Herrn Dr. Hölzel als Vorsitzender

der Werra-Weser-Anrainerkonferenz e.V. beantragt hat. Wenn sich hiergegen kein Widerspruch

erhebt, ist somit das Rederecht für Herrn Dr. Hölzel erteilt.

Als Vertreter für den Antragsteller Dr. Platner stellt Stadtverordneter Philipp Schmagold

die Vorlage vor und verliest den Text des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Bürgermeisterin auf, dem Beispiel des Bürgermeisters

von Gerstungen zu folgen und ihren Vertretungssitz am Runden Tisch unter Protest zurückzugeben.“

Er ergänzt, dass man feststellen muss, wer hinter dem Runden Tisch steht und der Runde Tisch als Feigenblatt benutzt wird.

Als stellv. Ausschussvorsitzender berichtet Stadtverordneter Hebel über die Beratung zu diesem

Tagesordnungspunkt aus dem Ausschuss für Umwelt, Bau und Verkehr und stellt fest, dass es hier nicht um den generellen Sitz an dem Runden Tisch geht, sondern um die Vertretung

durch die Bürgermeisterin für ein ordentliches Mitglied des Rundes Tisches, nämlich des Bürgermeisters der Stadt Eschwege. Der Ausschuss hat schließlich keine Empfehlung abgegeben,

weil über den Tagesordnungspunkt keine Beschlussfassung stattgefunden hat.

Herr Dr. Hölzel erklärt, dass die Werra-Weser-Anrainerkonferenz e.V. festgestellt hat, dass der Runde Tisch in einigen wesentlichen Punkten die Wasserrahmenrichtlinie ausgeblendet

hat. Weiterhin hat der Runde Tisch für sich selbst beschlossen, sich nicht mit dem Stand der

Technik zu befassen. Er gibt bekannt, dass am Freitag, dem 22.05.2009, in Hann. Münden die

Werra-Weser-Anrainerkonferenz e.V. die bestverfügbare Technik vorstellen will. Die vorgelegten

Gutachten von Kali + Salz im Oktober und das daraus resultierende Maßnahmenpaket

sind Mogelpackungen. Im Bezug auf die Klagegemeinschaft stellt er fest, dass die Klagegemeinschaft

keinen Sprecher hat. Es ist auch nicht richtig, dass die Klagegemeinschaft über gut

informierte Fachleute verfügt. Lediglich gibt es Fachleute, die hin und wieder der Klagegemeinschaft

zuarbeiten. Man muss, wenn man sich mit dem Runden Tisch auseinandersetzt, im

Klaren sein, dass der Runde Tisch in der Oberliga spielt. Die Klagegemeinschaft wird sehr

gut durch Prof. Breuer vertreten. Es muss ebenso festgestellt werden, dass der Runde Tisch

nicht die Interessen der Stadt Witzenhausen vertritt und auf die weitere Versalzung der Werra

hinarbeitet. Als Beispiel führt er aus, dass es bei der Anwendung der Technik, die in der Grube

Roßleben verwendet wird, die Beantragung einer Genehmigung nicht notwendig wäre.
Das

Betriebskonzept der Grube Roßleben lag vor, und der Runde Tisch hat sich um dieses
Betriebskonzept

nicht gekümmert und somit konnte auch keine Lösung erreicht werden. Es liegen
ihm Informationen vor, dass auch andere Beteiligte den Runden Tisch verlassen wollen.

Stadtverordneter Baumann stellt fest, das Ziel ist klar formuliert und bedeutet, in kurzer
Zeit

einen sauberen Fluss. Da, wo dieses Ziel verwässert wird, hat Witzenhausen nichts zu
suchen.

Die Beschlusslage in Witzenhausen und die Entscheidungen des Runden Tisches stehen
im

Interessengegensatz. Es muss alles versucht werden, der Beschlusslage nachzukommen.
Es

wurde weiterhin beschlossen, dass Witzenhausen die Funktion des Schrittmachers in der
Klagegemeinschaft

übernimmt. Die Kernaussage bei der Sanierung der Werra muss sein, dass die

neueste Technik anzuwenden ist. Genau das will der Runde Tisch mit Winkelzügen
verhindern,

und er scheut die Verständigung wie der Teufel das Weihwasser. Er hat sich die
Klageschrift

des Gerichtsverfahrens angesehen und kann nur sagen, dass die Klageschrift durch eine

Koryphäe formuliert wurde. Durch das Gericht werden nunmehr Sachverständige
beauftragt,

durch die dann der Stand der Technik definiert und angewandt wird. Seitdem Herr Hix
Bürgermeisterin

in Bad Sooden-Allendorf ist, hat er bewusst die Gegnerschaft zu dem Ersten

Stadtrat Dr. Hölzel hergestellt.

Er erklärt für die SPD-Fraktion, dass sie dem Antrag zustimmt und er persönlich auch.

Stadtverordneter Gerstenberg erklärt, dass das Ziel ist, die Werra zu einem sauberen Süßwasserfluss

zu machen. An diesem Ziel arbeiten verschiedene Gruppen, wie z.B. die Bürgerinitiative

des Bürgermeisters Frank Hix aus Bad Sooden-Allendorf oder auch die mit Herrn

Dr. Hölzel an der Spitze besetzte Werra-Weser-Anrainerkonferenz e.V., aber auch der Runde

Tisch, der mit den verschiedensten Vertretern besetzt ist, u.a. auch mit Vertretern der Kreise,

der Länder und des Bundes. Mit dem Antrag des Stadtverordneten Dr. Platner, in dem verlangt

wird, dass Bürgermeisterin Fischer unter Protest den Runden Tisch verlassen soll, stellt

sich die Frage, was soll damit erreicht werden. Er glaubt, dass nichts damit erreicht wird. Es

werden in Zukunft anstatt 25 nur noch 24 Mitglieder am Runden Tisch sitzen. In der Klagegemeinschaft

ist Witzenhausen die Speerspitze und ausgerechnet Witzenhausen will den

Runden Tisch verlassen. Auch der Werra-Meißner-Kreis ist durch Landrat Reuß sowie den

Ersten Kreisbeigeordneten Thiele am Runden Tisch vertreten. Warum werden die Vertreter

des Kreises nicht aufgefordert, den Runden Tisch zu verlassen. Darüber hinaus weist er darauf

hin, dass Frau Fischer nicht von der Stadt Witzenhausen als Vertreterin an den Runden Tisch

entsandt worden ist, sondern vom Städte- und Gemeindebund. Somit kann die Stadtverordnetenversammlung

nicht darüber entscheiden, ob Bürgermeisterin Fischer den Runden Tisch zu

verlassen hat. Sollte die Stadtverordnetenversammlung dem Antrag zustimmen, kann er Bürgermeisterin

Fischer nur raten, den Beschluss nicht zu befolgen. Man hat noch nie etwas erreicht,

wenn man sich schmollend in eine Ecke setzt. Wenn man beteiligt bleibt, hat man immer

die Chance, gute Informationen aus erster Hand zu bekommen. Die Entscheidung, den Runden Tisch zu verlassen, richtet sich nicht nur alleine gegen die Institution des Runden Tisches, sondern auch gegen die anderen Mitstreiter, die dadurch geschwächt werden.

Bürgermeisterin Fischer stellt fest, dass durch die Teilnahme am Runden Tisch sie jederzeit

über die Geschehnisse des Runden Tisches berichten könnte, um die Aufgaben gegen die Werraversatzung entsprechend wahrnehmen zu können. Sie möchte auch den Gedanken von

Stadtverordnetem Gerstenberg aufnehmen und noch einmal daran erinnern, dass jedes Organ

seine Achtung verlangt. Sie wird die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung als Hinweis aufnehmen, aber nicht als bindende Vorgabe. Da sie den Sitz am Runden Tisch als

Bürgermeisterin für den Hessischen Städte- und Gemeindebund einnimmt, entscheidet sie

allein über das weitere Vorgehen. Sie erklärt, dass sie sich dazu mit Landrat Reuß, dem Ersten

Kreisbeigeordneten Thiele und Bürgermeister Hix beraten wird.

Stadtverordneter Schill teilt mit, dass er aufgrund seiner Tätigkeit im Kreis zu dieser Fragestellung

eine andere Position vertritt und sich bei der Abstimmung enthalten wird. Zu dem

Angebot von Bürgermeisterin Fischer stellt er die Frage, warum sie nicht bereits über die Tätigkeit des Runden Tisches berichtet hat. Es ist aus dieser Richtung bisher nichts von ihr

gekommen. Er schlägt vor, dass Bürgermeisterin Fischer von sich aus über den Runden Tisch

berichtet. Wenn nicht in der Stadtverordnetenversammlung, so kann jedoch im Ausschuss für

Umwelt, Bau und Verkehr berichtet werden.

Stadtverordneter Moses erklärt, dass er etwas über Bürgermeisterin Fischer sagen wollte,

aber, da sie den Saal verlassen hat, möchte er warten, bis sie wieder da ist.

Unmittelbar danach betritt Bürgermeisterin Fischer wieder den Saal.

Stadtverordneter Moses erklärt, dass man Herrn Hix lobend erwähnt hat bei der Gründung der

Bürgerinitiative. Es ist auch zu loben, was er daraus gemacht hat. Jedoch seitdem er Bürgermeister

von Bad Sooden-Allendorf ist, ist der Elan geschwunden. Bürgermeisterin Fischer

wird nun aufgefordert, den Runden Tisch zu verlassen, weil beim Runden Tisch nicht für die

Werra, sondern gegen die Werra gearbeitet wird. Der überwiegende Teil der Mitglieder sitzt

durch die Gnade des Herrn Koch am Runden Tisch. Es soll auch nicht unerwähnt bleiben,

dass der Runde Tisch mit 2 Mio € von Kali + Salz unterstützt wird. Er fordert deswegen Bürgermeisterin

Fischer auf, ein Signal zu setzen.

Bürgermeisterin Fischer stellt die Frage, was passiert, wenn sie den Runden Tisch verlässt.

Zunächst wird der Runde Tisch normal weiterarbeiten. Was dort besprochen wird, ist wichtig.

Auch wird der Runde Tisch letztendlich nicht die Entscheidungen treffen, sondern die Entscheidungen

werden in der Landespolitik getroffen werden. Sie geht davon aus, dass sich

nichts ändern wird, wenn sie den Sitz zurückgibt. Zu den Angriffen auf Bürgermeister Hix

sagt sie, es fällt der SPD-Fraktion schwer, einen CDU-Bürgermeister zu loben.

21.12 Uhr Stadtverordneter Schill übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeisterin Fischer erklärt weiter, dass man den Sitz am Runden Tisch nur einmal verlassen

kann. Sie fragt auch, wo sind die wichtigen Entscheidungen, die der Werra geschadet haben. Die Entscheidung darüber, ob sie den Sitz am Runden Tisch aufgibt oder nicht, trifft

nicht die Stadtverordnetenversammlung. Sie wird aber auch einem evtl. Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

nicht widersprechen. Letztlich weist sie darauf hin, dass dies ihre eigene Entscheidung ist.

Herr Dr. Hölzel stellt fest, dass die Zusammensetzung des Runden Tisches durch die Hessische

und Thüringische Landesregierung bestimmt worden ist. Mit dem Runden Tisch wird die Absicht verfolgt, die öffentliche Beteiligung auszuhebeln, indem das Ministerium nur die Meinung des Runden Tisches annimmt. Der Bürgermeister aus Gerstungen hat den Runden

Tisch verlassen, weil er dort eine Regelung durchgesetzt hat, die dann im Nachhinein nicht

eingehalten wurde. Nachdem der Bürgermeister aus Gerstungen den Runden Tisch verlassen

hat, versucht das Thüringische Ministerium dringend einen neuen Bürgermeister für diese Aufgabe zu finden. Das geht soweit, dass die Bedingungen für die Teilnahme am Runden Tisch geringer geworden sind.

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat weiterhin gesprochen: Stadtverordneter Wiebers.

21.23 Uhr Stadtverordnetenvorsteherin Koschel-Naahs übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Bürgermeisterin auf, dem Beispiel des Bürgermeisters

von Gerstungen zu folgen und ihren Vertretungssitz am Runden Tisch unter Protest zurückzugeben.

mehrheitlich beschlossen

Ja 19 Nein 8 Enthaltung 3

8.4 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion Bündnis

90/Die Grünen vom 27.04.2009 zur Wasserrahmenrichtlinie

Vorlage: STV/373/2009

Stadtverordneter Philipp Schmagold trägt den Antrag von Dr. Platner vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, im Rahmen der öffentlichen Beteiligung an der Umsetzung

der Wasserrahmenrichtlinie einzuwenden, dass

- bei der Formulierung der Umweltziele bisher nur die Parteigutachten der Fa. ECORING

berücksichtigt worden sind und auf die widersprechenden Ergebnisse von Prof. Braukmann

und auf das Gutachten des Instituts für Gewässerökologie und Fischereibiologie

vom April 2009 zu verweisen,

- bei den Bewirtschaftungsplänen die Umsetzung des Standes der Technik in der Kali-

Industrie nicht berücksichtigt worden ist,

- aus diesen Gründen die Ergebnisse des Pilotprojektes Werra-Salzabwasser (2007) und die

Zwischenergebnisse des Runden Tisches abzulehnen sind,

- das von der K+S AG vorgestellte „Maßnahmenpaket zum Gewässerschutz“ wegen fehlender

Genehmigungsfähigkeit und wegen technischer Undurchführbarkeit nicht als Bewirtschaftungsgrundlage

angesehen werden kann.

Der Magistrat wird weiter aufgefordert, in dieser Angelegenheit die Zusammenarbeit mit der

Werra-Weser-Anrainerkonferenz e.V. zu suchen.“

Stadtverordnetenvorsteherin Koschel-Naahs schlägt vor, den Bericht des Ausschusses für Umwelt, Bau und Verkehr dem Protokoll zu entnehmen.

Stadtverordneter Gerstenberg ist verwundert darüber, dass die Stellungnahme nicht von der

Verwaltung erarbeitet werden soll, sondern bereits im Vorfeld Zwischenergebnisse abgelehnt

werden sollen, obwohl noch gar keine konkreten Ergebnisse vorliegen. Inhaltlich könnte man

dem Antrag zustimmen. Es ist aber auch hier geraten, nicht von dem geordneten Verfahren

abzuweichen. Am Ende des Antrages wird die Zusammenarbeit des Magistrats mit der Werra-

Weser-Anrainerkonferenz e.V. angemahnt. Seines Erachtens ist die enge Zusammenarbeit schon dadurch gegeben, dass der 1. Vorsitzende der Werra-Weser-Anrainerkonferenz e.V.

Dr. Hölzel auch Erster Stadtrat in Witzzenhausen ist. Abschließend erklärt er, dass der Antrag

inhaltlich in Ordnung, aber in der so formulierten Form abzulehnen ist.

Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, im Rahmen der öffentlichen Beteiligung an der Umsetzung

der Wasserrahmenrichtlinie einzuwenden, dass

- bei der Formulierung der Umweltziele bisher nur die Parteigutachten der Fa. ECORING

berücksichtigt worden sind und auf die widersprechenden Ergebnisse von Prof. Braukmann

und auf das Gutachten des Instituts für Gewässerökologie und Fischereibiologie

vom April 2009 zu verweisen,

- bei den Bewirtschaftungsplänen die Umsetzung des Standes der Technik in der Kali-

Industrie nicht berücksichtigt worden ist,

- aus diesen Gründen die Ergebnisse des Pilotprojektes Werra-Salzabwasser (2007) und die

Zwischenergebnisse des Runden Tisches abzulehnen sind,

- das von der K+S AG vorgestellte „Maßnahmenpaket zum Gewässerschutz“ wegen fehlender

Genehmigungsfähigkeit und wegen technischer Undurchführbarkeit nicht als Bewirtschaftungsgrundlage

angesehen werden kann.

Der Magistrat wird weiter aufgefordert, in dieser Angelegenheit die Zusammenarbeit mit der

Werra-Weser-Anrainerkonferenz e.V. zu suchen.

mehrheitlich beschlossen

Ja 21 Nein 8 Enthaltung 1"